

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Wende der Wirtschaftspolitik“

Unter diesem Titel veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* am 9. 12. 1966 aus der Feder ihres leitenden Wirtschaftsredakteurs *Alfons Montag* einen Artikel, den wir unseren Lesern bekanntgeben möchten:

„Die Zahl von über 200 000 Arbeitslosen Ende November läßt ebenso aufhorchen wie die Ziffern über zunehmende Kurzarbeit in einigen Branchen. Produktionspausen mit Verdienstausfall zwischen Weihnachten und Neujahr in verschiedenen Betrieben sind nicht dazu angetan, das Geschäft zu beleben. In den letzten 14 Tagen sind Daten bekanntgegeben worden, die auf Teilgebieten das Wirtschaftsgeschehen nicht mehr positiv erscheinen lassen. Deshalb wird jetzt lautstarke Kritik an der seitherigen Wirtschaftspolitik geübt. Immer mehr Personen und Verbände werfen der verflorenen Regierung *Erhard* Versäumnisse und Unterlassungen vor. Seitdem die volkswirtschaftlichen Sachverständigen von ökonomischen Fehlleistungen in dieser Aera geschrieben haben, verlangen viele Stimmen eine Kehrtwendung der Wirtschaftspolitik.

Dem neuen Bundeswirtschaftsminister Prof. *Schiller* erwächst damit eine große und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Industrie erwartet von ihm, daß er das Ruder der Wirtschaftspolitik herumwirft und einen besseren Kurs steuert, der uns aus dem Sturmtief des Beschäftigungsrückganges wieder hinausführt. Man traut Prof. *Schiller* zu, die Bundesbank davon überzeugen zu können, daß sie die Konjunktur nicht mehr allein mit der Kreditpolitik zu dirigieren braucht, sondern daß sie nunmehr auf die Unterstützung durch das Bundeswirtschaftsministerium rechnen kann. Bislang fühlte sich die Bundesbank verpflichtet, mit der Verknappung und Verteuerung des Leihgeldes das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen, weil weder vom Bundeswirtschafts- noch vom Bundesfinanzministerium synchrone Aktionen erfolgten, als die Konjunktur überschäumte.

Die wichtigste Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers betrifft die Einstellung des richtigen Kurses. Soll weiterhin versucht werden, die Kaufkraftminderung unserer Mark über die Dämpfung der Nachfrage zu vermeiden? Dieses Bemühen war bisher nicht erfolgreich, denn die Teuerung hat stärker zugenommen als je zuvor. Und als unangenehme Nebenerscheinung hat die Beschäftigung mehr abgenommen, als uns lieb sein kann. Es hat sich gezeigt, daß es eine Preisstabilität ohne Stillstand des Wachstums nicht gibt, wenn man keine wirksame Wirtschaftspolitik betreibt. Offensichtlich läßt sich, gemessen an den diesjährigen Erfahrungen, überhaupt keine vollständige Preisruhe erreichen. Die Automatik der Lohn- und Gehaltsverbesserungen durch mehr Berufsjahre und durch Beförderung ist ebensowenig auszuschalten wie der administrative Einfluß auf die Preise. Deshalb sollte man dem Phantom der Preisstabilität, wie sie *Erhard* und *Schmücker* versprochen hatten, nicht weiter nachjagen.

Vielmehr kommt es jetzt darauf an, sich für einen wachstumsfördernden Wirtschaftskurs zu entscheiden, damit die eingetretene Arbeitslosigkeit wieder beseitigt wird. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Expansion begrenzt und kontrolliert wird, damit keine neue Oberhitzung eintritt. Die Wirtschaftspolitik sollte ihre Wirksamkeit darauf einstellen, das Preispendel nicht mehr als 2 vH ausschlagen zu lassen. In diesem Rahmen kann die Konjunktur wieder angekurbelt werden, damit die Lähmung, von der die Initiative der Unternehmer und die Produktion der Wirtschaft befallen sind, verschwindet.

Gegen eine solche Wirtschaftspolitik wird eingewendet, daß dadurch die Gewerkschaften erneut zu übertriebenen Lohnforderungen angeregt werden könnten. Diese Auffassung ist nicht zeitnah, denn sie übersieht, daß die Gewerkschaften keine unbilligen Forderungen erheben, wenn der Wirtschaftsablauf es nicht zuläßt. Die IG Metall hat das vor einigen Monaten bei den Tarifverhandlungen mit der Stahlindustrie bewiesen. Im übrigen könnten die Gewerkschaften ebensogut behaupten, den Unternehmern komme die Arbeitslosigkeit gelegen, um die seither gewährten sozialen Aufwendungen streichen zu können. Bisher hat aber niemand den Arbeitgebern unterstellt, sie wären an einer Reservearmee von Arbeitslosen interessiert, um ihre Tarifpolitik ändern zu können.

Wenn die Entscheidung zugunsten eines gesunden Wachstums getroffen wird — und wir zweifeln kaum daran, daß Prof. *Schiller* sich dafür stark macht —, dann weiß man auch, was zuerst unternommen werden muß. Dazu gehören die weitere Lockerung der Kreditbremsen und ein sichtbares Fanal für die Wirtschaft, daß die Zeit des teuren Geldes zu

Ende geht. Eine Diskontsenkung muß so schnell wie möglich vorgenommen werden. Niemand sollte sich damit herausreden, daß die konjunkturelle Abschwächung sich noch nicht übermäßig auswirke. Schließlich muß doch berücksichtigt werden, daß die Industrie eine gewisse Anlaufzeit für neue Investitionsvorhaben benötigt, damit die Arbeitslosen wieder Beschäftigung finden können. Dafür braucht man weder eine ‚Politik des leichten Geldes‘ noch eine ‚inflationäre Entwicklung‘. Es kommt lediglich darauf an, über billiges und ausreichendes Geld den Kapitalmarkt in Ordnung zu bringen, damit er seine Funktionsfähigkeit zurückgewinnt. Dann kann der Wirtschaft und der öffentlichen Hand die notwendige finanzielle Unterstützung gewährt werden."

Hinweise

Im *Europa-Archiv* (Nr. 22/1966) untersucht Dr. / W. Brügel sowjetische Veröffentlichungen über den Verlauf der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam und vergleicht sie mit westlichen Publikationen. Er bezeichnet es als einen Fortschritt, daß im sowjetischen Bereich jetzt über diese Dinge gesprochen werden kann, und stellt fest, daß diese sowjetischen Publikationen in den meisten wesentlichen Dingen von den amerikanischen Veröffentlichungen nicht abweichen. Aber es gibt bemerkenswerte Auslassungen. Was der heutigen Moskauer Linie nicht entspricht, wird einfach unterdrückt. So erfährt der Leser nichts darüber, daß *Stalin* als erster die Aufteilung Deutschlands verlangt hat, daß die Sowjetunion Stützpunkte in den Dardanellen und in den früheren italienischen Kolonien beehrte, usw. Der Streit um Polen wird so dargestellt, als ob in Potsdam die polnische Westgrenze definitiv festgesetzt worden wäre. Das groteskeste ist, daß Moskau jetzt die Existenz des seinerzeitigen Außenministers *Molotow* verschweigt; seine in Potsdam gehaltenen Reden werden entweder unterdrückt oder *Stalin* zugeschrieben. Zusammenfassend nennt es Brügel einen gewissen Fortschritt, daß sowjetische Publikationen jetzt die Richtigkeit der bisher allein verfügbaren westlichen Aufzeichnungen bestätigen. „Die Tatsache aber, daß vieles willkürlich verschwiegen wird, daß man den seinerzeitigen sowjetischen Außenminister, nur weil er inzwischen in Ungnade gefallen ist, als nicht existent behandelt, und daß man auch sonst vielfach versucht, Fakten zugunsten von Propagandathesen zurechtzubiegen, zeigt, daß man es bei diesen Veröffentlichungen — um es vorsichtig auszudrücken — immer noch nicht mit einer echten Geschichtsquelle zu tun hat."

Die Monatsschrift *Filmkritik* hat mit ihrem 120. Heft (Dezember 1966) ihren 10. Jahr-

gang beschlossen. Wir benutzen gern dieses im Lande des Zeitschriften-Sterbens beachtliche Jubiläum, um wieder einmal auf diese Zeitschrift hinzuweisen, die sich so kritisch wie engagiert mit allen wesentlichen Filmen auseinandersetzt und darüber hinaus auch für alle kulturpolitisch Interessierten wertvoll ist.

Geist und Tat schließt den 21. Jahrgang mit einem Doppelheft 11/12 ab, aus dem folgende Aufsätze als besonders lesenswert hervorgehoben seien: Generation im Schatten Hitlers (Joachim Hemmerle), Die Schule in unserer Gesellschaft (Charlotte Lütkens), Die Hölle hat viele Namen — Elendsviertel lateinamerikanischer Großstädte (Günter W. Lorenz). Gleichzeitig muß die in der Europäischen Verlagsanstalt (Frankfurt/Main) erscheinende Zeitschrift ihren Lesern mitteilen, daß sie ab 1967 nur noch als Vierteljahrszeitschrift (vierteljährlich 64 S. stark) herauskommen wird. W. F.